

Pressemitteilung der Bürgerinitiativen zur 380 KV- Trasse Wahle –Mecklar

Am 22.06.2010 trafen sich die Bürgerinitiativen aus dem Bereich der Strecke Wahle-Mecklar in Bad Gandersheim, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Die Landesbehörde hatte aufgrund der durch den Vorhabensträger - Transpower GmbH - eingereichten Planungsunterlagen das Raumordnungsverfahren eingeleitet.

Es wurden folgende zentrale Forderungen aufgestellt:

1.) Bei der Planung der Stromleitung darf der Mensch nicht zu kurz kommen

Das Schutzgut „Mensch“ muss bei der Raumordnungsplanung und der anschließenden Planfeststellung den gleichen Status wie Wirtschaftlichkeit, Natur und Gewinnstreben erhalten. Um wichtige Naturschutzgebiete wird richtigerweise ein großer Bogen gemacht, gleichzeitig wird bisher in Kauf genommen, dass Menschen über Jahrzehnte die störenden Einflüsse (u.a. auf die Gesundheit, auf die Landschaft) aushalten müssen.

2.) Die BI's fordern ein Erdkabel für die gesamte Strecke Wahle-Mecklar

Die BI's fordern weiterhin eine Erdverkabelung entlang der gesamten Strecke. Das St. Floriansprinzip wird abgelehnt. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Menschen an dieser Leitung und entlang den tausenden, in Zukunft noch geplanten Leitungskilometern gleichermaßen „geschützt“ werden. Nach Meinung der BI's stellt die Gleichstromtechnik aufgrund der vor allem auf längeren Strecken geringeren Verluste und der kaum vorhandenen Strahlung dabei die innovativste und menschenfreundlichste Alternative dar.

3.) Die BI's fordern die Untersuchung einer Variante 6

Alle bisher vorgestellten Varianten ordnen den Raum dergestalt, dass Menschen über Gebühr in Mitleidenschaft gezogen werden. Ganze Landstriche werden „verschandelt“, Ortschaften unansehnlich, Menschen in ihrer Existenz bedroht und Häuser und Grundstücke entwertet. Die Betrachtung einer menschenfreundlichen Variante 6 ist nötig. Die BI's fordern deshalb die Verlegung eines Erdkabels entlang vorhandener Verkehrsinfrastruktur, wie sie durch verschiedene Autobahnen oder den Mittelkanal bereits vorgegeben ist. Unterschiedliche Planungszuständigkeiten und gegenläufige Vorschriften müssen hier im Sinne einer menschenverträglichen Raumordnung gegebenenfalls neu definiert werden.

4.) Die BI's fordern die Offenlegung der Bewertungskriterien

Die Raumordnungsbehörden werden aufgefordert, ihre Bewertungskriterien offen zu legen.

Die BI's appellieren an alle Betroffenen, Einsprüche zu dem bevorstehenden Raumordnungsverfahren zu formulieren. Die zuständige Gemeinden nehmen diese gern entgegen und bringen sie formgerecht zu Papier. Unterstützung erhalten Betroffene auch von der Bürgerinitiative: Delligsen in der Hilsmulde e.V. unter der Internetadresse: www.bi-hilsmulde.de.

V.i.S.d.P.

Heinz-Jürgen Siegel

1. Vorsitzender Bürgerinitiative: Delligsen in der Hilsmulde e.V.

31073 Delligsen

Heinz-J.Siegel@t-online.de